

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion

Absicherung der Wahlen 2016 durch Maßnahmen der Bürgerämter

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die korrekte Durchführung der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 18. September 2016 durch die Aufarbeitung der bestehenden Verzögerungen im Berliner Meldewesen sicherzustellen. Hierzu richtet der Senat kurzfristig eine zentrale Stelle zur Bearbeitung von Melderechtsvorgängen beim Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) ein. Die personelle Umsetzung erfolgt durch den Einsatz eines Teils der mit Senatsbeschluss vom 14.01.2016 beschlossenen zusätzlichen Stellen für ein zentrales Bürgeramt. Das über die bereits erfolgte Ausschreibung durch das Bezirksamt Mitte gewonnene Personal wird zum Zweck der Bewältigung des Melderechtsrückstaus zunächst nur eingeschränkt ausgebildet und eingearbeitet.

Die Aufgaben der zentralen Stelle zur Bearbeitung von Melderechtsvorgängen umfassen:

- die Bearbeitung der Vorgänge für die An-, Ab- und Ummeldung von Wohnungen sowie damit verbundener Vorgänge und
- die Einrichtung und den Betrieb von mobilen Bürgerämtern light, die vorgenannte Aufgaben dezentral erledigen.

Der Senat setzt sich bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften dafür ein und informiert genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften und andere Unternehmen der Wohnungswirtschaft über die Möglichkeit, Meldeangelegenheiten gebündelt, dezentral und im Auftrag der Mieter/-innen erledigen zu können.

Begründung:

Der Berliner Senat hat es bisher versäumt, wirksame Entscheidungen zu treffen, um dem Terminchaos in den Berliner Bürgerämtern kurzfristig Maßnahmen entgegenzusetzen. Vom Netzwerk „AußerGewöhnlich Berlin“, das sich aus Vertreter/-innen der Berliner Stadtgesellschaft zusammensetzt, wurden sinnvolle Vorschläge zur Lösung der akuten Problematik der Terminvergabe und Bearbeitung von Meldeangelegenheiten vorgelegt. Aus diesen Vorschlägen stammt die Grundlage für die Ideen der im Antrag zusammengefassten kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen.

Es ist unseres Erachtens im Hinblick auf die Berlin-Wahl 2016 dringend geboten, kurzfristig umsetzbare Lösungen für die Bewältigung des Rückstaus im Meldewesen der Berliner Bürgerämter, insbesondere bei den Vorgängen der An-, Ab- und Ummeldung einer Wohnung sowie hiermit in Verbindung stehenden Vorgängen zu schaffen, um für alle wahlberechtigten Berliner*innen die Teilnahme an der Wahl im September 2016 zu gewährleisten. Die im Oktober 2015 vom Senat gegenüber den Bezirken gewährten zusätzlichen Stellen für die Berliner Bürgerämter werden aufgrund des allgemein gültigen Stellenbesetzungsverfahrens und der erforderlichen Schulung der neuen Mitarbeiter/-innen nicht so kurzfristig eingesetzt werden können, um den Rückstau in den Meldeangelegenheiten bis zum 18.06.2016, dem Stichtag des Landeswahlamtes für die Erstellung des Wählerverzeichnisses, vollständig abarbeiten zu können. Auch die – noch nicht konkret zugeordneten – 50 neuen Stellen, die der Senat beschlossen hat, werden nach der bisherigen Planung nicht rechtzeitig vor dem Wahltermin einsatzbereit sein. Teilweise kann das so gewonnene Personal zunächst mit einer eingeschränkten Befähigung direkt durch die Senatsverwaltung dazu eingesetzt werden, das größte Problem der Bezirke für diese zu bewältigen.

Mit den im Antrag geforderten Maßnahmen kann die Problematik „Terminchaos in den Bürgerämtern“ nicht gelöst werden, hier sind weiterhin der Senat und die Bezirke gefordert, mittelfristig akzeptable Zeiträume für die Bearbeitung der Dienstleistungen des Meldewesens zu schaffen.

Mit der Einrichtung einer zentralen Stelle für die Bearbeitung von Melderechtsvorgängen in Verbindung mit der Einrichtung und dem Einsatz mobiler Bürgerämter light durch das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) kann ein Teil des Termindrucks von den bezirklichen Bürgerämtern genommen werden. Durch die Einbeziehung der Berliner Wohnungswirtschaft, insbesondere der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und der Wohnungsbaugenossenschaften in Berlin, kann der bestehende Rückstau im Meldewesen gemindert werden. Als Vermieter/-innen können diese, die nach dem neuen Meldegesetz vorgeschriebene Mitwirkung nach § 19 BMG nutzen, Meldeanträge in Vollmacht zu erledigen, gleichzeitig als Service für ihre Mieter/-innen.

Die im LABO zu schaffende zentrale Annahme- und Bearbeitungsstelle kann sinnvoll mit einem Teil der vom Senat per Beschluss vom 14.01.2016 zusätzlich gewährten Stellen für ein zentrales Bürgeramt besetzt werden. Die Bezirke können für den dezentralen Einsatz der mobilen Bürgerämter light in ihren Ämtern entsprechende Räumlichkeiten zeitweise zur Verfügung stellen, um die Wirksamkeit dieser Einrichtung zu erhöhen und weiter zur Entspannung der Situation in den bezirklichen Bürgerämtern beizutragen. Ebenso können die mobilen Einheiten die Bearbeitung der Anträge auch bei Wohnungsvermieter/-innen vor Ort erledigen.

Nach der Wahl werden die in der zentralen Einheit gebundenen Kräfte auf die Bezirke verteilt und dort in dem für Mitarbeiter/-innen der Bezirksamter gebotenen Umfang ausgebildet und eingearbeitet, damit sie langfristig zu einer Entlastung der Bezirksamter führen.

Berlin, den 26.01.2016

Delius Weiß
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion